

Zeitschrift: Schweizerisches Archiv für Volkskunde = Archives suisses des traditions populaires

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Volkskunde

Band: 101 (2005)

Heft: 1

Artikel: Volkskunde goes Bologna : Arbeitstagung der DGV im Zeichen der europäischen Herausforderung

Autor: Hörz, Peter F.N.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-118183>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volkskunde goes Bologna

Arbeitstagung der DGV im Zeichen der europäischen Herausforderung

Peter F. N. Hörz

Die europäische Integration schreitet voran. EU-Europa rückt zusammen. Und die Volkskunde rückt mit. Nicht nur indem sie – Jahrzehnte nach Verabschiedung von Grundsatzempfehlungen zur Namensgebung – vermehrt auf den Begriff «Europäische Ethnologie» zurückgreift, sondern auch indem sie verstärkt «europäische» Themen zum Gegenstand macht. Und mehr noch: Überall in Deutschland und Österreich arbeitet die universitäre Volkskunde daran, sich auch im Blick auf das Design von Studiengängen, auf curricula und Prüfungsleistungen zu «europäisieren». Letzteren Europäisierungsprozess vollzieht das Fach nicht ganz freiwillig. Vielmehr gilt es an den Lehrstühlen und Instituten jenen Beschluss in die Praxis umzusetzen, den die EU-Bildungs- bzw. Wissenschaftsminister im Juni 1999 in Bologna gefasst haben und der uns in Zukunft ein einheitliches «Europa des Wissens» bescheren soll. Und wenn hier von «uns» die Rede ist, dann ist dies durchaus richtig, denn zu diesem Europa des Wissens wird auch die Schweiz zählen!

Ziele der in Bologna seinerzeit formulierten «Magna Charta Universitatum» waren unter anderem

- Schaffung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse.
- Gliederung des akademischen Qualifikationsweges durch einen für viele der teilnehmenden Länder neuen, berufsqualifizierenden Abschluss (Bachelor) und einen eher auf die wissenschaftliche Laufbahn hin orientierten zweiten Abschluss (Master).
- Einführung eines einheitlichen Leistungsbewertungssystems, welches grösstmögliche innereuropäische Mobilität unter den Studierenden schaffen soll.

Zielvorgaben, an deren Sinn kaum jemand zweifelt, deren Umsetzung allerdings mit Unwägbarkeiten und Problemen behaftet ist, verbirgt sich doch hinter der Neugliederung des akademischen Qualifikationswegs und hinter den neuen Abschlüssen eine veritable Studienreform!¹

Unter diesen Umständen war es mehr als naheliegend, dass die Deutsche Gesellschaft für Volkskunde (DGV) ihre im zweijährigen Rhythmus stattfindende Arbeitstagung 2004 inhaltlich auf die anstehenden Reformen ausrichtete. Unter dem Motto «Studien- und Arbeitsfeld Kultur. Prospektionen von innen und aussen» diskutierten Volkskundler und Volkskundlerinnen vom 11. bis 13. November in Bamberg die Situation des Faches, vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden radikalen Wandlungsprozesse.² Und weil die DGV im vergangenen Jahr zugleich auf 100 Jahre ihrer Existenz zurück blicken konnte, tagte man – sämtlichen Sorgen und Nöten zum Trotz – mit dem Anlass entsprechender Feierlichkeit.³

«Das Miteinander der Kulturen – nicht nur aus der Beobachterperspektive» anzugehen und «Europäisierung» und «Globalisierung» als Herausforderung für die

Volkskunde/Europäische Ethnologie» zu begreifen, dies forderte zu Beginn der eigentlichen Arbeits-Beiträge Klaus Roth aus München. Zukunftsängste und gesellschaftliche Unsicherheiten, ausgelöst durch «Globalisierung» und Osterweiterung hält Roth für Arbeitsfelder, auf welchen Euro-Ethnologen aktiv werden sollten und zwar mit der Zielvorstellung eines «gedeihlichen Zusammenleben(s) der Ethnien». Roth vermisste die Volkskundler dort, wo «es um die Bewältigung (...) dieser ernsthaften Probleme unserer Zeit geht», und beklagte zugleich den geringen Einfluss von Kulturwissenschaftlern auf Zuwanderungs- und Integrationskommissionen und die Bedeutungslosigkeit des Faches auf dem Feld der Politik- und Verwaltungsberatung. Es gelte, die bequeme Beobachterposition zu verlassen und die anerkannte Kompetenz in den gesellschaftlichen Diskurs und in die soziale Praxis einzubringen. Argumente, die im Blick auf die Kreation neuer Studiengänge und curricula, aber auch angesichts der Grundsatzdebatte «Wozu Geisteswissenschaften?»⁴ bedenkenswert erscheinen...

«Haben wir überhaupt schon verstanden, was Bologna wirklich will?» Mit dieser Fragestellung eröffnete Sabine Doering-Manteuffel (Augsburg) ihren Vortrag über «Bildung als ökonomisches Argument. Die Dienstleistungsgesellschaft und der Bologna-Prozess». Ausgangspunkt der kritischen Durchleuchtung des Bologna-Beschlusses war eine tiefgründig recherchierte wirtschafts- und gesellschaftshistorisch inspirierte Betrachtung der jüngeren britischen Bildungsgeschichte. Vor dem Hintergrund einer konsequenten Deregulierungspolitik in Grossbritannien sei Bildung zur Handelsware geworden und seien Hochschulen zu Dienstleistungsunternehmen mutiert. Eine Entwicklung, die nicht nur die soziale Lage der Studierenden (Studiengebühren, keine staatlichen Stipendien mehr...) verschlechtert, sondern auch die Universitäten zu verstärkten Anstrengungen in Richtung Auftragsforschung und Kooperation mit Unternehmen gezwungen habe. Besondere Verlierer des britischen Modells seien – so Doering-Manteuffel – die jüngeren Hochschulgründungen, welche – anders als etwa Oxford und Cambridge – über keinen Traditionsmehrwert verfügten und somit im Wettbewerb um potente Studierende und Partner aus der Industrie unter die Räder kämen. Was Bologna wirklich wolle, dürfe demnach die Übernahme des britischen Modells für ganz Europa sein. Dass dies als Warnung gemeint war, daran konnte kein Zweifel sein. Aufzuhalten ist die Vollendung der Bologna-Beschlüsse gleichwohl nicht; nützlich ist die angestossene Diskussion allemal; bleibt doch zu hoffen, dass der einheitliche Hochschulraum nationale Gestaltungsspielräume nicht stranguliert.

Über erste Praxiserfahrungen mit der bereits vollzogenen *Bologna-Wende* vermochte Karl Braun (Marburg) zu berichten, und verknüpfte diese Erfahrungen mit Bemerkungen «Zur Frage der Fachidentität im Bologna-Prozess». Ausgehend von einer einschneidenden Krise im Jahre 2002 – die Universität hoch verschuldet und im *ranking* der hessischen Universitäten letztplatziert – unternahm die Hochschule die Flucht in die Reform. Gemeinsam mit Ethnologie und Religionswissenschaft wurde ein neuer, integrierter und in Module gegliederter BA-Studiengang geschaf-

fen, mit dem sich zumindest die Hoffnung verknüpft habe, erstmals in Deutschland ein Studium der «Kulturanthropologie» anbieten zu können.

Ein Einführungsmodul umfasst eine integrierte Vorlesung aus allen drei Fächern und je ein Seminar zu Kulturhermeneutik, empirischen Methoden und Kulturtheorien – ein zum Modul zusammengefasstes Programm, das dem bereits im bestehenden Magisterstudiengang üblichen Einführungsprogramm entspricht. Neu indessen ist, dass ein zweisemestriges Lehr-Forschungs-Projekt – der dreijährigen Dauer des BA-Studiums wegen – bereits im zweiten Studienjahr durchgeführt werden muss, und neu ist freilich auch das im dritten Studienjahr positionierte Abschlussprojekt mit «Thesis».

Im neuen MA-Studiengang schliesslich wird Einführendes noch einmal vertieft, indem Fachgeschichte, Theorien und Methoden sowie Alltagskultur nochmals breiteren Raum einnehmen. Drei Wahlmodule schliesslich erlauben individuelle Schwerpunktsetzungen in den Spezialgebieten «Historische Anthropologie/Kulturgeschichte», «Kulturentwicklung in Europa» und «Kulturelle Repräsentation».

Problematisch aus der Sicht von Braun erscheint, dass gegenwärtig die Durchlässigkeit der neuen Studiengänge nicht gegeben sei und genau die durch Bologna angestrebte Mobilität der Studierenden zunächst noch verhindert werde. Ausserdem müsse derzeit in jedem Einzelfall überprüft werden, ob ein Universitäts- und Studiengangstransfer möglich sei oder nicht.

«Der BA/MA-Modularisierungsprozess aus studentischer Sicht» wurde von Claudia Preis (München) beleuchtet. Preis verwies darauf, dass die derzeit Studierenden, ungeachtet der Tatsache, dass sie von den neuen Studiengängen kaum mehr betroffen sein würden, deren Einführung mit Engagement diskutierten. Insgesamt fielen dabei die Reaktionen negativ aus und seien von Erstaunen und Empörung über die Reformvorhaben gekennzeichnet. Kritisiert wird nicht nur die künftig verstärkte Selektion, schon bei der Studienplatzvergabe, sondern auch die sich abzeichnende Einführung neuer, verwirrender Bezeichnungen für die BA-Studiengänge,⁵ und kritisiert wird, dass bislang völlig unklar ist, welche Berufsbilder mit den neuen BA-Studiengängen wirklich verknüpft seien und zu welchen anderen Studiengängen, Instituten und curricula, das, was der einzelne Studierende studiert, eigentlich kompatibel sei.

Was am Ende gar bezweifelt wird, ist der Sinn der Bologna-Reformen als Ganzes, und wie schon Doering-Manteuffel, wirft Preis die Frage auf, was sich denn eigentlich hinter der Reform verberge. Kommt da etwa am Ende – so Preis' Frage «der ökonomisch optimal verwertbare Normstudent – anspruchslos, flexibel, Herdentier (...) und vor allem: belastbar?» Ganz schnell, so vermutet Preis, würden künftig all jene ausgesiebt, «die man nicht haben will: Trödler, Träumer, Habenichtse, Unangepasste (...) und gegen-den-Strom-der-Zeit-Schwimmer.»

Über «Kooperationen – Volkskunde zwischen Wissenschaft und Markt» sprachen Gunther Hirschfelder und Dagmar Hänel (Bonn) und lieferten damit einen Praxisbericht ihrer Tätigkeit auf dem Feld der Vernetzung von universitärer Forschung und wirtschaftlicher Verwertung. Dabei bleibe – so Hirschfelder – die Wis-

senschaft stets im Mittelpunkt stehen, doch seien Kooperationen für das Fach wichtig, weil eine Disziplin, die nach Aussen hin keine Kooperationsbeziehungen unterhalte, «schell im Regen steht», weil hierdurch berufspraktische Komponenten in das Studium integriert werden können und weil gesellschaftsrelevantes Wissen und spezifisch volkskundliche Erkenntnisse der Gesellschaft zugänglich gemacht werden müssten. Solche Beziehungen zwischen Wissenschaft und Markt werden von Bonn aus derzeit etwa mit dem Industriemuseum Oberhausen, mit einem Kölner Karnevalsverein und mit der Verwaltung des Nationalparks Hochharz (Sachsen-Anhalt) unterhalten. Aus solchen Kooperationen entstehen – so die Erfahrung der Vortragenden – Netzwerke, die schlussendlich zu drittmittelfinanzierten Stellen, zur Förderung von Abschlussarbeiten und Praktika verhelfen. Für die Studierenden bedeute die Mitarbeit an dergleichen Projekten nicht nur ein ideelles, sondern auch ein materielles Erfolgserlebnis, indem studentische Erwerbstätigkeit hier *mit Fachbezügen* ermöglicht werde. Dass durch die mannigfaltigen Praxisbezüge und die Orientierung zum Markt zu einem Verlust an Wissenschaftlichkeit führen könne, fürchten Hirschfelder und Hänel durchaus nicht. Vielmehr gehe es um die Bedienung eines Marktes, der nach volkskundlichem Wissen fragt. Dies sei am Ende nur positiv zu bewerten, da im aktuellen Verdrängungswettbewerb der Disziplinen, eine gute Vernetzung und eine grosse Zahl von Kooperationsprojekten zwar den langfristigen Bestand eines Faches an einer Universität nicht garantieren, dieses Überleben jedoch begünstigen könne.

Unter dem Titel «Wenn der Alltag auf der Strecke bleibt» wurde Christoph Daxelmüller (Würzburg) grundsätzlich, indem er «Vom Nutzen und Unsinn einer Ethnologie des Verzichtbaren» sprach. Eine Formulierung, die – wie der Redner selbst einräumte – angesichts von Stellenstreichungen und Sparmassnahmen von Selbstmitleid geprägt sei. Mit deutlichen Worten brachte Daxelmüller seine Ablehnung der Reformbestrebungen zum Ausdruck: «Wir fühlen uns überflüssig, es sei denn wir sind brav und reformwillig, beugen und den Profilstromvorgaben der Politiker und Universitätspräsidenten und üben uns in der Akrobatik der Purzelbäume nach vorn und nach hinten, um unsere Fächer neu zu erfinden und gewachsene Fachidentitäten auf den Müll zu werfen.» Nicht ohne Bitterkeit setzte der Referent hinzu, dass die Volkskunde vielerorts besser, als ihr Ruf sei und oft schon vor Jahren Forschungen zu Themen geliefert habe, die von anderen Disziplinen gerade erst entdeckt würden. Offenbar fehle es dem Fach an geeigneten Mitteln zur effektvollen Aussendarstellung.

Dass die Volkskunde in Bayern trotz aller Abwicklungen und Einsparungen besser gestellt sei, als im deutschen Bundesdurchschnitt, liege an der bayerischen Regelung, die Lehrerausbildung an den Universitäten durchzuführen und für einen Teil der Lehramt-Studierenden Volkskunde in die Studienpläne einzubauen.⁶ Dabei verschärfe sich zunehmend der Konflikt zwischen einer an Regionalgeschichte und Heimatkunde orientierten *Volkskunde für Lehrer* und einer sich zur Europäischen Ethnologie oder Kulturanthropologie entwickelnden Kernidentität des Faches. Daxelmüller kritisierte weiter, dass der Volkskunde als Wissenschaft

vom Alltag im Vergleich zu anderen Geisteswissenschaften weniger Mittel zur Verfügung gestellt würden. Dies liege daran, dass die Bedeutung volkskundlicher Produkte gesellschaftlich geringer bewertet werde, als etwa die jene der Kunsthistoriker. Marktpolitisch sei die Volkskunde überflüssig, da sie nichts ökonomisch Wertvolles erfände und nur öffentliche Mittel koste. Allenfalls in ihrer Rolle als «Animateure und Freizeitclowns» messe die Gesellschaft den Fachvertretern noch Bedeutung bei. Dass dennoch jedes Jahr ein *run* der Schulabgänger auf das Volkskunde-Studium einsetze, dass ernsthafte kulturhistorische Ausstellungen Besucherrekorde vermelden könnten, stehe hierzu in eigenartigem Widerspruch. Dies jedoch hänge damit zusammen, dass sich die Gesellschaft – gerade auch in schwierigen Zeiten – verstärkt mit Herkunftsgeschichte auseinandersetze. Umso dramatischer will es erscheinen, dass Volkskunde, verstanden als Wissenschaft vom (historischen) Alltag der Bevölkerungsmehrheit, im Vergleich zu den (historischen) Wissenschaften von den Elitekulturen unterbewertet sei.

In gewisser Weise mit dem Ansatz von Doering-Manteuffel in Korrespondenz, vor allem aber in Beziehung zu Daxelmüller unternahm der Autor den Versuch, den Wert der Wissenschaft Volkskunde in ein neues Licht zu rücken. Ausgehend von Dieter Kramers klassischer Fragestellung «Wem nützt Volkskunde?»⁷ wurde nicht nur der durchaus geldwerte *benefit* der Volkskunde als Orientierungswissenschaft in unübersichtlicher Zeit, sondern auch deren mindestens ebenso geldwerte Bedeutung als kulturwissenschaftliche Navigationshilfe der Industrie als Qualität des Faches herausgestellt. Und dass es in Zeiten der Streichlisten und Einsparungen ganz wesentlich um den Nachweis der eigenen Qualität und der eigenen Brauchbarkeit geht, darüber kann – wie der Autor meint – kein Zweifel sein.⁸ Mehr Marketingaktivitäten im Blick auf die eigene Nützlichkeit, aber auch mehr Reflexion dessen, was das Fach leistet und was es leisten könnte, wozu es brauchbar ist oder wozu es noch brauchbar sein könnte, erscheinen insofern dringend geboten.

«Wir brauchen», so gab Helge Gerndt den Anwesenden schliesslich nach der Runde von Statements aus den Instituten⁹ mit auf den Weg, «kein Minderwertigkeitsgefühl zu haben», würden Volkskundler doch «gebraucht», um «als Ferment in unserer Gesellschaft die richtigen Fragen zu stellen». Einen Abschied von der Frage «Wem nützt Volkskunde» zugunsten der Frage «Was kann Volkskunde?», einen Abschied vom «introvertierten, stark defensiven Habitus» zugunsten einer selbstbewussten Position der Fachvertreter wünschte sich in seinem Schlusswort Thomas Hengartner. Und im Blick auf die nunmehr hundertjährige DGV: Eine Vorstellung von einem aktiven und dynamischen Netzwerk, das die lokalen Eigenheiten *und* das Fach insgesamt zusammenbringen möge.

Anmerkungen

- ¹ Die Zielvorgaben des Bologna-Beschlusses und erste empirische Befunde zu Master- und Bachelor-Studiengängen finden sich in: Stefanie Schwarz-Hahn/Meike Rehbarg: Bachelor und Master in Deutschland. Empirische Befunde zur Studienreform. Münster/New York/München Berlin 2004.
- ² Die Umsetzung der Bologna-Beschlüsse geht in Deutschland einher mit einem wachsenden Spardruck an den Hochschulen, mit Streichlisten, auf welchen die Geisteswissenschaften reich vertreten sind, mit krisenhaften Erscheinungen auf dem Arbeitsmarkt für Absolventen geisteswissenschaftlicher Fächer und mit z. T. extrem wachsenden Studierendenzahlen an den Volkskunde-Instituten/Lehrstühlen. *Bologna* wird insofern mancherorts nicht nur als Herausforderung verstanden, sondern zugleich als möglicher Anlass oder als mögliche Ursache für das bevorstehende oder befürchtete Ende einer volkskundlich-universitären Lehrereinrichtung.
- ³ Die in Zusammenhang mit dem hundertjährigen Jubiläum der DGV gehaltenen Vorträge (Thomas Hengartner: «...zur Förderung ihrer wissenschaftlichen und praktischen Arbeit», Sigmar Berrisch: Adolf Strack und die Institutionalisierung der Volkskunde um 1900) sind ihrer thematischen Abweichung vom Generalthema wegen ebenso wenig Teil der Berichterstattung wie der Abendvortrag von Leif Pareli (Homesteads of the Pakistani immigrants in Norway. A project of the «Norsk Folkemuseum» in Oslo). Aussen vor bleiben auch die Beiträge von Christoph Lindenmeyer (Kultur im Radio? Positionen und Perspektiven für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk) und die Präsentation von Klaus Wolff (Qualitätssicherung von Studiengängen – Akkreditierung als Argument). Diese Beschränkung geschieht ausschliesslich aus Gründen der thematischen Konzentration und der gebotenen Kürze des Berichts und impliziert keinerlei Wertung! Die genannten Vorträge werden, wie alle Tagungsbeiträge, in einem Tagungsband erscheinen.
- ⁴ Florian Keisinger/Steffen Seischab (Hg.): Wozu Geisteswissenschaften? Kontroverse Argumente für eine überfällige Debatte. Frankfurt/New York 2003, S. 74–78, hierin auch besonders: Wolfgang Kaschuba: Volkskunde/Europäische Ethnologie, S. 151–160.
- ⁵ In der Bestrebung, mit dem BA-Studiengang möglichst *unique* positioniert zu sein, werden für die BA-Studiengänge häufig neue Bezeichnungen gewählt, in welchen – zumindest in Teilen – die traditionellen Volkskunde-curricula verpackt sind.
- ⁶ Die hinter diesen Studienplänen stehende Idee, ist die, dass den angehenden Lehrkräften auf diese Weise eine hinreichende Kompetenz auf den Feldern «Sachkunde» und «Heimatkunde» vermittelt werden soll. Eingebunden in das Lehramtstudium, war (und ist zum Teil immer noch) das Fach vergleichsweise stabil positioniert, da es – bislang unabhängig von der «Konjunktur» des Magisterstudiengangs – an allen Universitäten studierbar sein muss.
- ⁷ Dieter Kramer: Wem nützt Volkskunde? In: Zeitschrift für Volkskunde 66 (1970), S. 1–16.
- ⁸ Dass die Einsparungen und Streichungen in der Volkskunde in der Regel nicht mit dem mangelnden Nutzwert des Faches begründet werden, liegt auf der Hand, ist doch das Bekenntnis zu den Geisteswissenschaften gesellschaftlich erwünscht und die Frage nach dem Nutzwert derselben verpönt. Dass sich allerdings keine Universitätsadministration und kein Wissenschaftspolitiker dazu hinreissen lassen würde, ein Fach abzuschaffen, von dem wichtige Impulse für Wirtschaft und Gesellschaft erwartet werden, ist evident. Insofern mag die Nützlichkeitsfrage zwar in der öffentlichen Rechtfertigung von Streichungen nicht ins Feld geführt werden, gleichwohl aber dürfte sie hintergründig überall dort wirksam sein, wo sich die Frage nach Einsparungen auf dem Feld der universitären Volkskunde stellt.
- ⁹ Im Rahmen von Kurzreferaten nahmen Leonore Scholze-Irrlitz (Berlin), Regina Bendix (Göttingen), Silke Götsch (Kiel), Michael Simon (Mainz), Reinhard Johler (Tübingen) und Bernhard Tschofen (Wien) zur aktuellen Situation an ihren jeweiligen Instituten Stellung.